

# Bundestagswahl: Wer steht wofür?

Direktkandidaten im Wahlkreis 154 sagen, warum die Leipziger ausgerechnet ihnen die Stimme geben sollen

Es ist soweit: Nach Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen biegt der Wahlmarathon dieses Jahres in die letzte Runde. Am Sonntag wählt Deutschland einen neuen Bundestag. Die 415 301 abstimmungsberechtigten Leipziger können in den beiden Stadt-Wahlkreisen 153 (Nord) und 154 (Süd) jeweils einen Leipziger Kandidaten für die kom-

menden vier Jahre direkt in das Parlament nach Berlin entsenden.

Die LVZ hat die Direktbewerber der im Bundestag bereits vertretenen Parteien zur Person gefragt. Wir wollten wissen, welchen Beruf sie ausüben, ob sie ehrenamtlich tätig sind und welchen Hobbys sie nachgehen. Außerdem interessiert uns, wie sich die

Kandidaten in der Vergangenheit politisch engagiert haben, wo sie dringenden Veränderungsbedarf im Land sehen

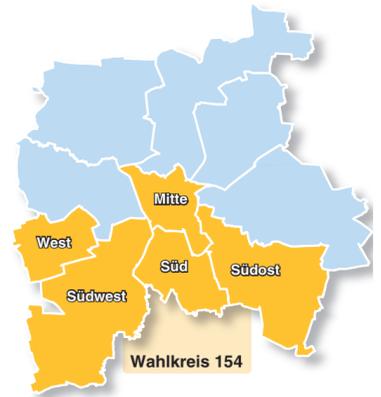
**Bundestagswahl**  
BRUNNEN 2009

und was sie ganz konkret in den nächsten vier Jahren für ihre Heimatstadt erreichen wollen.

Zwei Stimmen hat jeder Bürger am 27. September: Mit der ersten macht er sein Kreuz bei einem der Direktkandidaten. Derjenige Bewerber, der die meisten Stimmen auf sich vereint, zieht dann in den Bundestag ein. Mit der Zweitstimme wird eine der Parteien gewählt. Das Verhältnis der Gesamtstimmen ist ausschlaggebend dafür, wie viele Sitze

die einzelnen Parteien im Bundestag haben werden.

Heute stellen wir fünf Direktkandidaten im Wahlkreis 154 vor, in dem außerdem Holger Odenthal für die NPD und Werner Karsten für die Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) antreten. Bei der Wahl 2005 ging das Direktmandat hier an Gunter Weißgerber (SPD).  
K. S.



## Dafür habe ich mich bisher politisch engagiert ...

**Thomas Feist (CDU)**

44 Jahre, in Leipzig geboren / Heizungsmonteur, Musikwissenschaftler, derzeit Referent für Kulturarbeit / verheiratet, drei Kinder / Ehrenämter: Vorsitzender des Bundesverbandes Kulturarbeit, Mitglied der International School for the Sociology of Religion und der Gesellschaft für Musikforschung / politische Ämter: Förderpolitische Kommission des Kinder- und Jugenddrings Sachsen, Verbandsvertreter im Deutschen Kulturrat / Hobbys: Musik (Klassik bis Jazz), Literatur (Historisches und Krimi), Garten



Meine politischen Schwerpunkte liegen im Bereich der Jugend- und Kulturpolitik. Hier engagiere ich mich für politische Jugendbildung, schulbezogene Demokratievermittlung und interkulturelle Arbeit. Ich verrete die evangelische Jugend in Sachsen bei der Anna-Lindh-Stiftung, die den Dialog zwischen den Ländern der Europäischen Union und den Anrainerstaaten des Mittelmeeres fördert. Als vom Bundesjugendministerium anerkannter Fachberater für den internationalen Jugendaustausch lasse ich meine vielfältigen praktischen Erfahrungen in politische Entscheidungsprozesse einfließen. Ich bin seit

vielen Jahren Vorsitzender des Bundesverbandes Kulturarbeit. Hier koordiniere ich Projekte zwischen Jugendkultur, Kirchenmusik und Kompetenztraining, habe auf diesem Gebiet auch die Enquete-Kommission Kultur beraten. Zusätzlich arbeite ich in der Förderpolitischen Kommission des Kinder- und Jugenddrings Sachsen. Ehrenamtlich bin in einer Vielzahl weiterer Verbände aktiv, vom Deutschen Kulturrat bis hin zur Arbeitsgruppe Rechtsextrismus und Kirche. In all meinen Tätigkeiten ist mir der Bezug zur Praxis ebenso wichtig wie das Umsetzen von Praxiserfahrung in politische Zielsetzungen.

## Das muss sich in Deutschland verändern ...

Ich setze mich dafür ein, dass der Wirtschaftsaufschwung in unserem Land von einem Wertaufschwung in der Politik begleitet wird. Soziale Marktwirtschaft hat die faire Verteilung der Staatseinnahmen im Blick. Grundlage für gerechte Verteilung aber ist zunächst und vor allem das Erwirtschaften des zu Verteilenden. Dies zu erreichen setzt mutige Politik, kluge Investition, verlässliche Rahmenbedingungen und den Abbau unnötiger Bürokratie voraus. Nur mit vereinter Anstrengung aller können wir Gegenwart und Zukunft gestalten, Deutschland voranbringen. Konkret sehe ich Handlungsbedarf in den

Bereichen Bildung und Kultur. Wissensvermittlung als alleiniges Lernziel reicht nicht aus, um Deutschland zukunftsfähig zu machen. Bildung muss den Erwerb sozialer Fertigkeiten und Fähigkeiten im Blick haben, muss Integration kultureller Bildungsangebote in den Schulalltag stärker fördern und fordern. Hier soll der Bund mehr Verantwortung übernehmen und größere Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Ein weiteres Anliegen ist es mir, der Förderung von Kultur in Deutschland eine starke Stimme zu geben. Die Verankerung von Kultur als Staatsziel im Grundgesetz ist dafür der richtige Schritt.

## Das will ich konkret für Leipzig erreichen...

Ich trete an, um meiner Heimatstadt Leipzig in Berlin mehr Gehör und Aufmerksamkeit zu verschaffen. Konkret möchte ich mich für die Infrastruktur meiner Stadt einsetzen, die dringend erforderliche Fertigkeiten und Fähigkeiten im Blick haben, muss Integration kultureller Bildungsangebote in den Schulalltag stärker fördern und fordern. Hier soll der Bund mehr Verantwortung übernehmen und größere Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Ein weiteres Anliegen ist es mir, der Förderung von Kultur in Deutschland eine starke Stimme zu geben. Die Verankerung von Kultur als Staatsziel im Grundgesetz ist dafür der richtige Schritt.

Pflichtaufgabe im Grundgesetz zu verankern, wären auch die Kommunen angehalten, diesen Bereich angemessen auszustatten. Dem Leipziger Hickhack um die Finanzierung soziokultureller Angebote wäre damit die Ausrede der Freiwilligkeit von Kulturförderung der Boden entzogen. Durch die gezielte Förderung des Mittelstandes und stadtnaher privater Industrie kann der von der Leipziger Stadtverwaltung durch die alleinige Ausrichtung auf den Dienstleistungssektor vollzogene Kahlschlag zumindest teilweise behoben werden. Genau aus diesem Grund lautet mein Motto: Für Leipzig in den Bundestag!

**Wolfgang Tiefensee (SPD)**

54 Jahre, in Gera geboren / Diplom-Ingenieur für Elektrotechnik, derzeit Bundesverkehrsminister / getrennt lebend, 4 Kinder / Ehrenämter: Vorsitzender des Forums Ost der Sozialdemokratie, Schirmherr des Leipziger Vereins Wege, Mitglied des Senats der Deutschen Nationalstiftung / politische Ämter: Spitzenkandidat der sächsischen SPD bei der Bundestagswahl, Mitglied des Kompetenzteams von Kanzlerkandidat Steinmeier und des SPD-Parteivorstandes / Hobbys: gutes Gespräch mit Freunden, Musik machen und hören, Natur genießen



Mein politisches Engagement begann 1989. Wie viele Leipzigerinnen und Leipziger habe ich gegen den Verfall unserer Stadt und für demokratische Freiheiten in unserem Land demonstriert. Darum war ich in der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt!“ aktiv. Später, am Runden Tisch und als Stadtrat, lag der Schwerpunkt meiner Arbeit im Bildungsbereich. Als Oberbürgermeister habe ich mich vor allem um die Stadtteile gekümmert, die mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Ich war Präsident des europäischen Städtebundes und konnte so Leipzig bekannter machen. Als Bundesminister und

Ostbeauftragter habe ich mich unter anderem für die Ansiedlung des Biomasseforschungszentrums und Weltverkehrsforums sowie die Verabschiedung der „Leipzig-Charta der nachhaltigen europäischen Stadt“ engagiert. Es ging mir immer um neue Arbeitsplätze, um die Fortsetzung der Wirtschaftsförderung und um soziale Gerechtigkeit. 12 000 zuvor Langzeitarbeitslose haben durch den Kommunal-Kombi eine neue Perspektive erhalten, die Wohngelderhöhung half vielen Menschen unmittelbar. Ich bin stolz, dass wir den Neonazi Christian Worch in die Schranken gewiesen haben.

Nach der staatlichen Einheit müssen wir die soziale Einheit vollenden. Vor 20 Jahren haben die Leipzigerinnen und Leipziger entscheidend dazu beigetragen, dass die Mauer fiel. Wir haben seitdem viel erreicht und können stolz darauf sein. Aber es bleibt noch viel zu tun, damit sich weniger Männer und Frauen als Menschen zweiter Klasse fühlen. Hier will ich, will die SPD ansetzen: Wir brauchen gleiche Löhne in Ost und West, für Mann und Frau. Dazu gehört ein einheitlicher Mindestlohn von 7,50 Euro, damit Menschen von ihrer Arbeit leben können. Ich will, dass wir die Rentensysteme

vereinheitlichen. Ostdeutsche Rentner dürfen nicht benachteiligt werden. Ich will mehr Arbeitsplätze in Zukunftstechnologien, wie etwa erneuerbare Energien und Elektromobilität. Ostdeutschland geht hier bereits voran. Wir müssen uns dem Rechtsextrismus stellen. Ich habe dafür gesorgt, dass vom Bund künftig jährlich sechs Millionen Euro mehr für Projekte gegen Rechtsextrismus und Fremdenfeindlichkeit bereitgestellt werden und damit den Grundstein für eine langfristige Unterstützung der Initiativen gegen Rechts gelegt. Unser Land muss weitoffen und tolerant bleiben!

Für mich gilt als oberstes Ziel: Wir brauchen neue Arbeitsplätze! Wir müssen Industrie und Mittelstand stärken und weiter auf Zukunftstechnologien wie erneuerbare Energien und Elektromobilität setzen. Wollen wir mehr Einrichtungen wie das Biomassezentrum gewinnen, müssen wir die richtigen Bedingungen bieten. Perspektiven für Langzeitarbeitslose liegen mir besonders am Herzen. Wir brauchen ihre Qualifikationen und Fertigkeiten für Leipzig. Deshalb muss der Kommunal-Kombi ausgebaut werden. Ich setze mich dafür ein, dass Leipzig die Logistik-Drehscheibe wird. Leipzig soll prosperieren als Automobil-

standort. Die Ansiedlung von BMW und Porsche waren der Durchbruch. Die Förderung von Elektromobilität in unserer Stadt unterstütze ich tatkräftig, damit hier neue Jobs entstehen. Ich will weiter die erfolgreichen Initiativen zur Sanierung verfallender Gründerzeit-Bauten und zur Wiederbelegung von Brachflächen unterstützen. Was ich mir für Deutschland wünsche, brauchen wir für Leipzig erst recht: Wir müssen die weitoffene und tolerante Stadt bleiben, die wir sind. Darauf baut unser Erfolg als Messe- und Universitätsstadt und als Stadt der Kultur auf.

**Mike Nagler (Linke)**

30 Jahre, in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) geboren / Diplom-Ingenieur für Architektur/Bauwesen, derzeit Doktorand / ledig, kinderlos / Ehrenämter: Mitarbeit im Netzwerk Steuergerechtigkeit, Bündnis Bahn für Alle, Mitinitiator von Unisolar Leipzig e.V. / Hobbys: klettern, lesen, andere Kulturen kennenlernen



Die Wurzeln meines politischen Engagements liegen in meiner Arbeit als Studierendenvertreter an der HTWK Leipzig. Dort habe ich mich für eine Bildungslandschaft eingesetzt, in der jeder frei von Gebühren gemäß seinen Interessen und Fähigkeiten studieren und lernen kann. Bildungspolitik ist nach wie vor ein zentrales Thema meiner politischen Arbeit. Darüber hinaus bin ich seit Jahren im Netzwerk Steuergerechtigkeit aktiv. Stark geprägt hat mich natürlich auch der erfolgreiche Bürgerentscheid gegen den Verkauf und die Privatisierung unseres kommunalen Eigentums. Als einer der Initiatoren habe ich gesehen, dass

es möglich ist, den herrschenden politischen Mehrheiten etwas entgegenzustellen, nämlich die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. All dies war nur gemeinsam mit anderen Engagierten und Gleichgesinnten möglich, denn Politik ist für mich kein Feld für Einzelkämpfer. Der nächste Schritt besteht aus meiner Sicht nun darin, auch auf Bundesebene mehr direkte Demokratie durchzusetzen und Volksentscheide zu ermöglichen. Mit meiner Kandidatur will ich mit dazu beitragen, dass außerparlamentarische Bewegungen mehr Gewicht in den Parlamenten erhalten – gegen die Machtspielen der etablierten Eliten.

Ändern muss sich vor allem eines: die grundlegende politische Richtung. Was wir brauchen ist eine soziale, auf einander beruhende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, welche die Menschen nicht Tag für Tag in einen Wettkampf jeder gegen jeden schickt. Eine Gesellschaft, in der das Wirtschaften nicht um einem permanenten Renditedruck erfolgt und wo Mindestlöhne, gute Arbeitsbedingungen und ökologische Nachhaltigkeit eine Selbstverständlichkeit sind. Eine Gesellschaft, die aus ihren Krisen lernt anstatt sie auf dem Rücken der Schwächsten auszutragen. Dazu bedarf es nicht nur einer generellen

Neuausrichtung und Kontrolle der Finanzmärkte, sondern auch eines veränderten Bewusstseins, eines Mentalitätswechsels: weg vom Prinzip der – letztlich grenzenlosen – Gewinnmaximierung hin zu Gemeinwohlorientierung und solidarischem Miteinander. Deshalb gehört, um nur ein Beispiel zu nennen, die Bahn für mich auch auf die Schiene – und nicht an die Börse. Natürlich lassen sich all diese Ziele nicht von heute auf morgen umsetzen. Entscheidend aber ist, dass wir die Richtung ändern und den Weg hin zu einer solchen Gesellschaft einschlagen – und das gilt nicht nur für Deutschland.

Ein Ziel, für das ich seit Jahren kämpfe, ist die Gemeindefinanzreform. Ein schreckliches Wort, ich weiß, doch ist das Thema dafür politisch umso wichtiger. Denn was wir derzeit in Leipzig wie in vielen anderen deutschen Städten und Gemeinden erleben, ist eine enorme Finanznot. Der Grund für die dramatische Entwicklung ist dabei nicht allein die so genannte Wirtschaftskrise und die mit ihr verbundenen Mindereinnahmen. Vielmehr sind die Ursachen auf bundespolitischer Ebene zu suchen. Schließlich wurden den Städten und Gemeinden in der Vergangenheit immer neue Aufgaben übertragen, ohne dass es zu ent-

sprechenden Gegenfinanzierungen kam. Die Folge: Immer mehr Kommunen sehen sich zu Einsparungen im sozialen und kulturellen Bereich sowie zur Veräußerung von öffentlichem Eigentum gezwungen. Wer jetzt aber – entgegen dem klaren Votum der Leipzigerinnen und Leipziger – nach Privatisierungen ruft und Streichlisten erstellt, hat das Problem nicht verstanden und erschwert letztlich nur seine Lösung. Wir brauchen eine zuverlässige Absicherung öffentlicher Dienste und eine gute Infrastruktur. Nur so können wir die Lebensqualität vor Ort erhalten und weiter verbessern – und genau darum geht's.

**Cornel Janßen (FDP)**

44 Jahre, in London geboren / Bankkaufmann und Studium der Betriebswirtschaftslehre, derzeit Beteiligungsmanager / ledig, kinderlos / Ehrenämter: Deutsch-Britische Gesellschaft, Fördermitglied von Amnesty International und Arbeiter-Samariter-Bund / politische Ämter: Beisitzer im Kreisvorstand der FDP Leipzig, Stellvertretender Vorsitzender des Landesfachausschusses Wirtschaft und Finanzen der FDP Sachsen, Mitglied im Bundesfachausschuss Finanzen / Hobbys: Zeitgeschichte, Städte-Reisen, wandern



Politisch habe ich an den Wirtschafts- und finanzpolitischen Teilen des Kommunal- und des Landtagswahlprogramms der FDP Leipzig beziehungsweise der FDP Sachsen mitgewirkt. Dabei war mir eine klare Orientierung an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wichtig. Aus meiner beruflichen Erfahrung heraus liegen mir Existenzgründungen besonders am Herzen. Existenzgründer benötigen eine Entlastung von Bürokratie, damit sie den Rücken für ihr betriebliches Vorhaben frei haben. Zudem brauchen wir eine Kultur der Offenheit gegenüber neuen Technologien; es ist Geldverschwendung,

wenn das Forschungsministerium Technologien finanziell fördert und das Verbraucherschutzministerium dann deren Einsatz verhindert. Die grüne Gentechnik ist eine Zukunftschance für unsere Landwirtschaft, aber auch für die bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln in der Dritten Welt.

Das Steuersystem müssen wir vereinfachen, wobei die Steuersätze auf einen Stufensteuertarif von 10, 25 und 35 Prozent heruntersetzt und gleichzeitig Ausnahmetatbestände abgeschafft werden sollen – so wird Leistung wieder belohnt. Die von der Großen Koalition beschlossene Besteuerung von betrieblichen Kosten, zum Beispiel von Zinsen, die jetzt die Auswirkungen der Wirtschaftskrise verschärfen, muss zurückgenommen werden. Die Bankenaufsicht ist bei der Bundesbank zusammenzuführen. Der Schwerpunkt der Politik in den nächsten Jahren muss auf die Bildung gelegt werden, beginnend

mit der frühkindlichen Erziehung. In der Außenpolitik sind neue Initiativen aus Deutschland und Europa für eine weitgehende Abrüstung erforderlich. Bürgerrechte und innere Sicherheit wollen wir wieder in ein vernünftiges Gleichgewicht bringen.

Leipzig hat sich in den letzten 20 Jahren, durch den Fleiß seiner Bürgerinnen und Bürger insgesamt gut entwickelt. Noch vorhandene Infrastrukturlücken, zum Beispiel die Autobahn nach Chemnitz oder bei der Breitbandversorgung, müssen geschlossen werden. Für Leipzig und Ostdeutschland ist die bessere Verzahnung zwischen unserer mittelständischen Wirtschaft und den öffentlichen Forschungseinrichtungen wichtig, damit in der Region die Produkte und Dienstleistungen von Morgen entwickelt – und auch produziert werden können. Unsere Leipziger Hochschulen brauchen

mehr Raum für eigene Wege, damit sie für die besten Köpfe attraktiv sind. Unterschiedliche Rentensysteme zwischen Ost und West sind nicht mehr zeitgemäß; wir wollen sie angleichen. Unser heimischer Energieträger, die Braunkohle, sollte mit modernen Technologien Bestandteil des deutschen Energie-Mixes bleiben.

**Monika Lazar (Grüne)**

42 Jahre, in Leipzig geboren / Bäckerin, Betriebswirtin, derzeit Bundestagsabgeordnete / kinderlos / Ehrenämter: Mitglied des Netzwerks Demokratie und Courage, des Netzwerks für demokratische Kultur Wurzeln und der Leipziger Tafel / politische Ämter: Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextrismus der grünen Bundestagsfraktion / Hobbys: Fußballerin beim Roten Stern Leipzig, Rad fahren, lesen



Mehr soziale Gerechtigkeit ist ein Schwerpunkt meines Engagements. Gerade in den ostdeutschen Ländern bietet der erste Arbeitsmarkt oft zu wenige Chancen, selbst wenn die Suchenden flexibel sind. Zudem können viele von ihrer Beschäftigung nicht existenzsichernd leben. Daher fordere ich ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle. Das gibt materielle Sicherheit und wirkt gesellschaftlicher Ausgrenzung entgegen. Auch die Rentenberechnungen in Ost und West müssen angeglichen werden. Ich setze mich zum Beispiel dafür ein, dass in der DDR Geschiedene die gleichen Rech-

te wie im Westen Geschiedene haben. Sehr wichtig ist mir eine starke Demokratie mit echten Beteiligungsformen. Nur wer mitgestalten kann, fühlt sich zugehörig. Das gilt auch für alle Menschen, die aus anderen Ländern stammen. Sie können unsere Gemeinschaft sehr bereichern und müssen Raum dazu erhalten. Rassismus darf nie unwidersprochen bleiben. Meine Arbeit im Deutschen Bundestag führte zum Verbot mehrerer Nazi-Verene. Noch wichtiger aber bleiben Aufklärung, Austausch in Vielfalt und finanzielle Sicherheit für erfahrene Initiativen gegen Rechtsextrismus.

Wichtig sind gute Jobs, von denen die Menschen ohne Aufstockung leben können. Dafür muss der Staat kluge Anreize durch Investitionen an den richtigen Stellen schaffen. Die aktuelle Krise macht eines deutlich: Weiter wie bisher wäre fatal! Viele Firmen kämpfen um ihre Existenz oder sind bereits pleite. Armut und Arbeitslosigkeit wachsen. Die große Koalition verteilt planlos Milliarden. Doch von Eintagsfliegen wie der Abwrackprämie können auf längere Sicht weder die Wirtschaft noch die Umwelt profitieren. Sie erhöhen nur die ohnehin riesigen Staatsschulden. Die grüne Idee: neue Jobs in echten Zu-

kunftsbranchen schaffen! Dazu gehören erneuerbare Energien, Gebäudesanierung, Biolandwirtschaft, Bildung, Kinderbetreuung und Pflege. Allein in Sachsen hätten wir so bald 80 000 neue Arbeitsplätze, bundesweit eine Million. Die Globalisierung müssen wir sozial und ökologisch gestalten. Dann können auch Nazi-Parteien nicht die Ängste durch die Finanz- und Wirtschaftskrisen für sich ausnützen. Außerdem brauchen wir ein gerechtes Gesundheitswesen. Die grüne Bürgerversicherung wäre ein Schritt gegen eine drohende Zweiklassen-Medizin.

Ich will erreichen, dass die Mittel für den Stadttumbau sinnvoller verteilt werden. Schwerpunkte müssen bei der energetischen Gebäudesanierung und der Flächennachnutzung liegen. Auch muss die Nutzung des Flughafens Leipzig/Halle erneut diskutiert werden. Wir brauchen auf Bundesebene eine Klärung, ob wir seine Verwendung als militärisches Drehkreuz für Europa weiterhin zulassen oder begrenzen. Dass von Leipzig aus inzwischen Krisengebiete in aller Welt mit Waffen versorgt werden, ist kein gutes Zeichen. Außerdem werde ich mich ganz besonders für eine Änderung des Investitionsbe-

griffs einsetzen. Überdimensionierte Großprojekte wie der City-Tunnel kosten zu viel Geld und binden Mittel, die im Bildungsbereich vor Ort dringend benötigt werden. Auch eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze ist mir wichtig, um den vielen Leistungsempfängerinnen und -empfängern in Leipzig zu helfen. Zudem mache ich mich auf Bundesebene auch künftig dafür stark, dass die massenhafte Überwachung des öffentlichen Raums, wie sie in Leipzig leider an der Tagesordnung ist, deutlich beschränkt wird.